

Kontinuitäten. Die politische Agenda der deutschen Konzerne nach 1945

Die Rolle der ökonomischen Eliten in den Schicksalsjahren 1932/33

aufzuzeigen bedeutet, die Frage zu stellen: Wie konnte es dazu kommen? In wenigen Wochen jährt sich die Machtübertragung an Hitler zum 90. Mal. Wir müssen uns fragen: Wie verhindern wir, dass es wieder zu Derartigem kommt?

Erich Kästner hat vor 65 Jahren gewarnt: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf.“ Was war

1928? Zwischen 1928 und 1930 machte die NSDAP bei Wahlen einen Sprung von 2,6 % der Stimmen auf 18 %, und 1932 waren es dann 37 %. Die Partei für die heutigen Nazis, die AfD, hat an Wählern den Stand der NSDAP von 1930.

Allerdings hatte die NSDAP damals weit bessere Beziehungen zu den ökonomischen Eliten als die AfD heute. Doch wenn die umfassende Krise von heute nicht anders überwunden werden kann, dann ist auch das enge Bündnis der Wirtschaft mit der Partei der Nazis wieder denkbar. Einer der reichsten Männer Deutschlands, der Bankier Baron von Finck, hat bereits Gelder für die AfD bereitgestellt. Und die ehemalige Zyklon B-Produzentin und IG Farben Partnerin Degussa macht Geschäfte zugunsten der AfD. Aus der Schweiz fließen der AfD bekanntlich Mittel schwer reicher Kreise zu. Ein Unterschied besteht ferner zu den Verhältnissen der dreißiger Jahre. Es existiert eine gut

’funktionierende staatliche Parteienfinanzierung und

Wahlkampfkostenerstattung. Die AfD als Partei für Nazis bekommt reichlich staatliche Mittel, demnächst wohl auch Stiftungsgelder a la Friedrich-Ebert-Stiftung. Ein Vorteil für die Rechten gegenüber früher besteht auch darin, dass die Militärkaste ganz ungeniert in der AfD wirken darf; dies war der Reichswehr verwehrt, jedoch wirkten viele Offiziere insgeheim in der Nazi-Partei.

Insgesamt gilt: Die Großwirtschaft ist heute mit dem Kapitalismus der parlamentarischen Demokratie bestens bedient. Die Regierungsparteien sind ihr zu Diensten. Die Kontinuitäten funktionieren.

*

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland und hieß 150 Jahre lang vor allem Krupp. Heute heißt er vor allem Rheinmetall. „Am deutschen Wesen mag die Welt genesen“ (1) war 150 Jahre lang die Losung der deutschen Imperialisten und Nationalisten. Heute heißt die Losung „Zeitenwende“ – vom Frieden zum Krieg unter deutscher Führung. 80 Jahre deutsche Zurückhaltung müssen nun vorbei sein, sagt der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil. Frieden kann es nur gegen Russland und nicht mit Russland geben. „Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren.“ (2) Weiß er wirklich nicht, was vor 80 Jahren los war? Warum gibt es keinen Aufschrei bei den Sozialdemokraten gegen ihren ultrarechten Vorsitzenden? Hätte ein AfD-Mann eine Rede à la Klingbeil gehalten, wäre die Aufregung groß – und sehr berechtigt. Das Anwachsen der AfD löst berechtigte Sorge aus, die Kriegshetze ehemaliger Kriegsdienstverweigerer bei den Grünen und den Sozialdemokraten führt allenfalls zur Verwunderung.

Wenige Tage nach Beginn seiner Kanzlerschaft traf Adolf Hitler die Führung der Reichswehr, und sie legte zu seiner großen Befriedigung einen Plan vor, den sie seit 1925 verfolgte: Den Ausbau der Armee in wenigen Jahren bis zur Kriegsfähigkeit. (3)

Und heute? Wenige Tage nach Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine legte Kanzler Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede einen Plan der umfassenden Militarisierung mit 100 Milliarden Sondervermögen, richtig muss es heißen: Kriegskredite, für die Bundeswehr und Aufstocken des Rüstungsetats am 2 Prozent des Bruttosozialprodukts vor – die Militärführung hatte wieder gute Vorarbeit geleistet. Deutschland auf dem Weg zur führenden Macht im Kampf Westen gegen Osten/Süden im Weltmaßstab.

Waffen und die Munition für fürchterliche Kriege kamen in zwei Weltkriegen von Rheinmetall. Und nun ist es wieder so. Zu der Vorgeschichte:

Der Geschichte der Waffenfabriken auch dieses Konzerns ist nur ein Lichtblick zu entnehmen – als im August 1918 die Arbeiter der Waffenfabriken in Berlin die Arbeit niederlegten und zum Sturz der Monarchie beitrugen und zum Ende des Krieges. Noch während der Novemberkämpfe 1918 wurden jedoch aus der Kasse von Borsig/ Rheinmetall Millionenbeträge für eine „Antibolschewistische Liga“ bereitgestellt, die damit die Freikorps finanzierte, die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und Tausende für ihre Rechte und revolutionären Forderungen kämpfende Arbeiter ermordeten. Als der Konzern 1933 in Konkurs ging, da war das kein Glücksfall für die Demokratie, sondern für die Nazis. Sie retteten Rheinmetall. Der staatliche Einfluss durch Institutionen der Wehrmacht und die Eingliederung von Rheinmetall/Borsig in das Staatsunternehmen Reichswerke Hermann Göring nahm ständig zu. Bald war das Unternehmen in die planmäßige Kriegsvorbereitung integriert. Diese Eingliederung bei Göring rief Widerspruch hervor bei Friedrich Flick und anderen Industriellen, die Hitler um ihrer Profite und ihres Dranges zum Krieg willen an die Macht gebracht hatten. Unwillen über „Sozialisierung“, den sie später als eine Art Widerstand ausgaben. Doch Hermann Göring antwortete ihnen: Wartet ab, ihr bekommt schon noch Euren Anteil. Und so schritten den Blitzkriegern die Konzernvertreter hinterher, um Stahlwerke und anderen Betriebe zu arisieren und zu rauben und 15 Millionen Zwangsarbeiter ins Reich zu holen, auf dass sie als Sklaven u.a. für Rheinmetall arbeiteten. Viele starben daran. Viele Tausend Sklaven schufteten an den Standorten der Rüstungsindustrie. Zum Holocaust an den europäischen Juden gehörte auch das Programm „Vernichtung durch Arbeit“.

Der 8. Mai 1945 gilt allen vernünftigen Menschen als Tag der Befreiung. Er war aber durchaus kein Tag der Trauer für die großen Industriellen. Es begannen Kontinuitäten, wie man sie sich vorher nicht vorstellen konnte. Obwohl für kurze Zeit inhaftiert, brachte ein hoher IG Farben-Mann befriedigt zum

Ausdruck, die Prozesse gegen Kriegsverbrecher hätten einen Bogen um die Verurteilung der deutschen Industrie und Banken gemacht. Die wenigen Unternehmer, die angeklagt waren, kamen bald wieder frei. Die Flick, Krupp und Thyssen bekamen ihre Fabriken zurück. Quandts Vermögen wurde nicht angetastet. Für Rheinmetall ging es ab 1956 mit der Gründung der Bundeswehr wieder los! Aus der Verstaatlichung befreit, konnten die Aktionäre wieder auf dicke Profite aus ihrem Blutgeschäft hoffen. Heute hat der Konzern einen Umsatz von 5,6 Milliarden Euro.

Bedeutende Wirtschaftshistoriker wie Ulrich Herbert (BRD) (4) und Dietrich Eichholtz (DDR) belegten, dass das Wirtschaftswunder in der BRD in erheblichem Ausmaß den Zwangsarbeitern und der Ausbeutung Europas zu verdanken war. Deutschland hatte zwar den Krieg verloren, aber am Krieg verdient. Otto Köhler stellte fest: „Der deutsche Wohlstand nach 1945 und Ludwig Erhards vermeintliches Wirtschaftswunder beruhen auf dem durch den deutschen Angriffskrieg verlorenen Wohlstand der Völker Europas.“

Ich verweise auch auf den Wissenschaftler Thomas Kuczynski, der nachwies, dass die Industriellen bei der sogenannten Zwangsarbeiterentschädigung im Jahre 2001 den Hinterbliebenen der Sklavenarbeit mindestens 50 Milliarden Euro an Lohn schuldig geblieben sind. Nur 2,5 Milliarden Euro hatten sie zu zahlen, und dies nur, weil die USA drohten, ihnen den USA-Markt zu sperren, wenn sie nicht den Marktvorteil ausglich, der durch die Ausbeutung der Zwangsarbeiter entstanden war.

Bei ihrer Befreiung 1945 schworen die überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Der Schwur schließt mit dem Satz: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.“

Dass sie vor den Richtern der Völker stehen, das ist den Herren der Rüstungskonzerne erspart geblieben.

Dies war zunächst noch das Anliegen der Potsdamer Konferenz der Alliierten von 1945. Der Morgenthau-Plan zur Entmachtung der deutschen Industrie wäre ein schwerer Schlag gegen den deutschen Imperialismus gewesen. Doch er unterblieb. Allerdings wurde im Sinne der Verurteilung des deutschen Militarismus vom Parlamentarischen Rat in das Grundgesetz 1949 die Absage an Militär und Krieg hineingeschrieben. Das geschah vor 73 Jahren, und später wurde dann die Bundeswehr im Grundgesetz verankert, ferner die Zulässigkeit deutscher Kriegsbeteiligung.

Der Kapitalismus muss nicht zum Faschismus führen, aber – um ein Wort von Primo Levi zum Holocaust leicht abzuwandeln – bei uns ist es geschehen, und es kann wieder geschehen. Heute geht es nicht um die Feststellung aus der Gedenkstätte Steinwache in Dortmund: Die Schwerindustrie setzte auf die Nazis. Es geht um dies: Die Rüstungsindustrie setzt auf die größte Koalition, unterstützt von dem Oligarchen und BlackRock-Rüstungs-Industriellen Friedrich Merz. Ampel und Union vertreten vor allem die Interessen der US-Rüstungskonzerne, der deutschen Waffenlieferanten, der Militärs, aber auch jene der deutschen wie Rheinmetall.

Wir erfuhren dies: Rheinmetallchef Armin Papperger freut sich, dass die Zeiten vorbei seien, da man hier in Deutschland „in fast zwei Generationen verlernt habe, wehrhaft zu sein.“ (5) Die Süddeutsche dazu: „Es mögen (heute) ziemlich furchtbare Zeiten sein, aber für einen Hersteller von Kriegsgeräten und seine Aktionäre sind sie lukrativ. Der Kurs der Rheinmetall-Aktie lag am Vorabend des Überfalls auf die Ukraine zwischen 94 und 98 Euro. Heute kostet ein Papier 215 Euro.“

Agenturen berichteten: „Der Panzer- und Artillerie-Hersteller Rheinmetall geht davon aus, dass er sein Geschäft mit der Bundeswehr künftig verdoppelt.“ (6) Künftig würden es „mindestens vier Milliarden Euro pro Jahr werden“, sagte der Rheinmetall-Chef. Zur Absicherung alter und Anbahnung neuer Geschäfte hat Rheinmetall zwei ehemalige Bundesminister eingekauft: Dirk Niebel (FDP) nennt sich heute Leiter für internationale Strategieentwicklung und

Regierungsbeziehungen. Und Franz Josef Jung (CDU), Ex-Verteidigungsminister, kam sofort in den Aufsichtsrat. Großinvestor bei Rheinmetall ist Larry Fink, Vorstandsvorsitzender von BlackRock und Chef von Friedrich Merz in seinem Privatberuf.

Zwischen 2005 und 2010 erhielten die Parteien (außer der LINKEN) ca. 3,7 Mio. Euro Spenden von Mitgliedsfirmen des Förderkreises Heer und der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik.

Die Lobbyisten der Rüstungsindustrie sitzen direkt im Bundestag. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und Fürsprecherin von Waffenlieferungen größten Ausmaßes für den Ukraine-Krieg, Agnes Strack-Zimmermann (FDP), sitzt im Präsidium des „Förderkreises Deutsches Heer“. Aus einem Medienbericht: „In dem Kreis arbeitet die Frau mit Vertretern von Lockheed Martin, Thyssenkrupp, Airbus, Daimler, Rheinmetall, Krauss-Maffei-Wegmann, der Waffenschmiede Diehl und der französischen Thales-Gruppe zusammen,“(7) Weiter heißt es: „In der 'Gesellschaft für Wehrtechnik' ist Strack-Zimmermann ebenfalls im Präsidium, in der 'Bundesakademie für Sicherheitspolitik' im Beirat.“ Der Verein Lobbycontrol erklärte: Die Gesellschaft für Wehrtechnik und der Förderkreis Deutsche Heer seien „von der Rüstungsindustrie stark beeinflusste Organisationen“, es sei kritisch zu sehen, dass dort Abgeordnete des Bundestages leitende Funktionen übernehmen. (aus Ossietzky, 10/22) Auch Lars Klingbeil gehört diesen beiden Organisationen an.

Der Schwur der 21.000 überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 forderte Frieden, Freiheit. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln. Daher heißt es in der Einleitung zu dem Schwur: »Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!«

Einer davon wurde nun 77 Jahre danach als einstiger Wachmann des KZ Sachsenhausen, als »willfähriger Helfer der Täter«, zu fünf Jahren Haft verurteilt. Ein 101 Jahre alter Mann. Günther und Herbert Quandt waren aber keine willfährigen Helfer, sondern aktiver Täter. Er und seine Familie blieben

nach 1945 straffrei. Ihr heutiges Vermögen beruht auf der Ausbeutung und Ermordung von tausenden Zwangsarbeitern.

Jetzt ist ein Buch erschienen, das daran erinnert: »Braunes Erbe« von David de Jong (8) Daraus geht hervor: »Nach der von ihnen mit vorangetriebenen Zerstörung der Weimarer Republik 1933 haben Quandt, Flick, Finck, Porsche und Richard Kaselowky vom Oetker-Konzern zwölf Jahre lang immer schneller an Aufrüstung und 'Arisierung' verdient. Alle waren sie Mitglied in Himmlers 'Freundeskreis Reichsführer SS' und der NSDAP.« An ein Verbrechen der Quandts sei besonders erinnert: »1.016 Menschen wurden im April 1945 Opfer eines grausamen Verbrechens (der Quandts) in Gardelegen. Bei dem Nazimassaker wurden KZ-Häftlinge lebend in einer Feldscheune verbrannt. Einige, die sich vor dem Feuer retten konnten, wurden sofort erschossen, nur ganz wenige überlebten.« Die Opfer kamen aus einem AFA-Batteriebetrieb der Quandts aus Hannover. Die Quandts hatten wie Krupp und andere Konzerne 1945 beabsichtigt, sich der Gefangenen zu entledigen und sie auf Todesmärsche geschickt.

Der Begriff von den Wurzeln des Nazismus hat für einige Zeit dazu geführt, dass Verfassungsschutzbehörden, einst gegründet von Nazitätern, eine ganz abstoßende Hervorbringung schufen. Sie stellten den Schwur von Buchenwald als verfassungsfeindlich dar. Denn mit den »Wurzeln« seien die demokratischen Grundlagen unseres Staates gemeint gewesen und die seien kapitalistisch. Der Kapitalismus ist jedoch nicht Bestandteil des Grundgesetzes, wie ein Urteil des Bunderfassungsgerichts vom 20. Juli 1954 bekräftigt, das noch immer gilt. Die Verfassungsfeindlichkeit der Kapitalismuskritik ist also nicht gegeben. Nie wirklich aufgehoben wurde die »Extremismusklausel« einer CDU-Familienministerin aus dem Jahr 2010, die von Förderungsempfängern für Projekte der politischen Bildung und Bewerbern zum öffentlichen Dienst eine Absage des »Extremismus« verlangt (9).

Vom Ausklammern der Kapitalismuskritik aus dem antifaschistischen Diskurs ist entschieden abzuraten. Erinnert sei an die antikapitalistischen Aussagen von

SPD und CDU in der Zeit nach 1945. Diese besagten, dass »der Kapitalismus den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden« sei. Es war allgemeine Erkenntnis, dass auch der Militarismus zu bekämpfen sei, der in den Krieg führte.

Papst Franziskus sagte kürzlich: „Diese Wirtschaft tötet“, weil sie Menschen wie „Müll behandelt“. (10) Der Versuch, eine solche Kapitalismuskritik zu verbieten, zeigt sich in der Gedenkstättenarbeit. Bis 1990 gab es in den Gedenkstätten Aussagen, z.B. zum Verhältnis der Schwerindustrie zu Gunsten des Faschismus, den diese Industriellen 1933 ermöglichte. Dann wurden alle Historiker der DRR entlassen, die derartiges, was in unseren Gedenkstätten durchaus gängige Aussage war, geschrieben und gelehrt hatten.

Und die Gedenkstätten wurden umgestaltet. Wo es in der Gedenkstätte Dortmund-Steinwache hieß, die Schwerindustrie setzte auf Hitler, da setzt man nun zu einer Neugestaltung an, wie sie bereits in Oberhausen, Essen und Wewelsburg geschah. Besonders skandalös: Das Ausklammern jeder Erwähnung des Freundeskreises Reichsführer SS in der Wewelsburg, die Sitz der Kultstätte der SS war und auch Tagungsort des Freundeskreises mit seinen Mitgliedern, die nach 1945 wieder wichtige Positionen einnahmen.

Auch im Münchener NS-Dokumentationszentrum, in dem die Grundfinanzierung der NSDAP durch reiche vor allem weibliche Hitlerfans durchaus vermerkt wurde, ist es so: „Die Partei wurde zwar von Teilen des Bürgertums und der Industrie unterstützt, zentral für ihren Aufstieg waren aber die Spenden- und Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder.“(11)

Als ich mich nach dem Grund des Paradigmenwechsels in Dortmunds Gedenkarbeit erkundigte, schrieb man mir: „Das politische Engagement der deutschen Großunternehmen beim Aufstieg des Nationalsozialismus wird in der Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren eher als gering eingestuft.“ So der Kulturdezernent Jörg Stüdemann, der mir weiter schrieb: „Zentral bleiben für uns – wie für nahezu die gesamte Fachwissenschaft – hier weiterhin die von Henry Ashby Turner 1985 in seinem zentralen Werk 'German Big Business and

the Rise of Hitler' dargestellten und in gründlicher Quellenarbeit erarbeiteten Ergebnisse.“

Diese „Ergebnisse“, diese Aussagen Turners sind über 35 Jahre alt und längst auch von maßgeblichen bürgerlichen Historikern – z. B. Adam Tooze – widerlegt. (12)

Doch warum ist es für die herrschenden Ideologen so wichtig, an Turners Falschaussagen festzuhalten?

Turner schrieb: „Entspricht die weit verbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen“. Dies ist bezeichnend. Und so wird von den Kapitalismus-Verteidigern aus den konservativen Reihen sogar der Verfassungsschutz bemüht, um kapitalismuskritische Äußerungen zu denunzieren.

Der SPD-Parteivorsitzende Lars Klingbeil erklärte: Nach Jahrzehnten „der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle“; diese Rolle bestehe darin, eine auch militärische 'Führungsmacht' zu sein. Das sagte er einen Tag vor dem 81. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die UdSSR. Er sei daran erinnert, dass die deutsche Zurückhaltung bereits 1999 mit Bomben auf Belgrad ihr Ende fand.

Möchte er nun statt Zurückhaltung den andauernden militärischen Konflikt? Der SPD-Vorsitzende hatte erst kürzlich betont, mit Russland sei keine Friedensordnung möglich. Und Kanzler Scholz sieht es ähnlich, wie im Bundestag zu vernehmen war. Jetzt wissen wir, was die Zeitenwende bedeutet: Nie wieder Krieg ohne Deutschland an der Spitze. Kurzfristig heißt das, im Winter zu frieren, um Putin zu besiegen (13) Bei Wikipedia liest man neuerdings über Klingbeil: „Politisch setzt er sich für eine Anhebung des Wehretats ein. (...) Als ein möglicher Grund für seinen Einsatz für einen höheren Wehretat gilt, dass der Rheinmetall-Standort Unterlüß, der in der Region viele Menschen beschäftigt, an seinen Wahlkreis grenzt.“

Zwei Daten müssen wir uns merken, wenn wir beurteilen wollen, wie alles nach 1945 wieder anfang und wie die Kontinuitäten gesichert wurden. Das sind der 10. August 1944 und der 16. November 1944.

Ein Geheimagent der US-Armee hat im Herbst 1944 laut Bericht an das State Department vom 7. November 1944 über ein Treffen von SS und Industrie folgendes notiert: »Ein Treffen der wichtigsten deutschen Industriellen, die in Frankreich Interessen haben, fand am 10. August 1944 im Hotel Rotes Haus in Strasbourg (Frankreich) statt.« Man beschloss: »Die bestehenden Finanzreserven im Ausland müssten zur Verfügung der Partei gehalten werden, so dass ein starkes deutsches Reich nach der Niederlage geschaffen werden könne.« Es sollten geheime Büros im Reich gebildet werden. »Die Existenz dieser Büros ist nur einem ganz kleinen Kreis von Industriellen und den Führern der Nazipartei bekannt. Jedes hat einen Verbindungsmann zur Partei. Sobald die Partei stark genug ist, die Macht in Deutschland wieder zu übernehmen, würden die Industriellen für ihre Anstrengungen und Zusammenarbeit durch Konzessionen und Vorrechte bezahlt werden.«(14). Teilnehmer in Straßburg waren die Konzernvertreter von Krupp, Bosch, Thyssen, VW, Rheinmetall, Saar-Röchling, Büssing und Messerschmidt, Vertreter vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und von Ministerien der Reichsregierung. (15) Die Teilnehmer im Roten Haus / Maison Rouge schufen einen Fonds, der das Überleben der deutschen multinationalen Unternehmen wie auch vieler SS-Führer sichern sollte, ferner ihren künftigen politischen und ökonomische Einfluss. Und nicht nur die genannten Unternehmen, auch das von ihnen repräsentierte Wirtschaftssystem überlebte.

Wir sehen: Konservative Politiker und Manager, die keine systemverändernden Aktivitäten erwarten ließen, durften darüber beraten, wie es nach dem Krieg weitergehen solle – der als verloren galt. Wer sonst von einem verlorenen Krieg ausging, musste mit dem Schlimmsten rechnen.

Wie soll es weitergehen nach dem verlorenen Krieg? An der Beantwortung dieser Frage arbeiteten bereits seit der Wende im Krieg gegen die Sowjetunion

Experten der Wirtschaftspolitik. Wilhelm Zangen, Chef von Mannesmann und der „Reichsgruppe Industrie“ erörterte diese Frage mit SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, der sowohl Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium als auch Chef des Sicherheitsdienstes Inland der SS war. Und so kommen wir zum zweiten wichtigen Datum im Herbst 1944. Ludwig Erhard (3.2.1897-5.5.1977) hatte an diesem 16. November 1944 eine Konferenz mit Otto Ohlendorf und legt ihm die Denkschrift vor mit dem Titel: „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“, die er in seinem Institut für Industrieforschung, gegründet von der Reichsgruppe Industrie, verfasst hat. Diese hatte Erhard mit der Expertise über die „Verwertung des volksfeindlichen Vermögens“ beauftragt. Erhard ging davon aus, dass der Krieg verloren sei. Er strebt in seinen Schriften schon vor Kriegsende den „Währungsschnitt“ nach dem Krieg an. Und den hat er mit der Währungsreform dann auch vollzogen, jetzt im Auftrag der westlichen Alliierten. Die Währungsreform begünstigte die Reichen und raubte den Armen ihr Gespartes.

Dem Treffen mit Ohlendorf folgte am 12. Januar 1945 eines mit dem Referenten Ohlendorfs Karl Günther Weiss. Stets ging es um die „Aufrechterhaltung der sozialwirtschaftlichen Ordnung“.(16)

Zu Otto Ohlendorf (4.2.07 – 7.6.1951) ist noch zu sagen: er war ein Kriegsverbrecher, wurde wegen Massenmorden der SS-Einsatzgruppen zum Tode verurteilt – gegen den Protest der Bundesregierung, nicht jedoch der künftigen Bundeswehrgeneräle, denen es missfiel, dass Ohlendorf im Nürnberger Prozess Aussagen gegen die Wehrmachtsgeneräle machte, die die Einsatzgruppenmorde unterstützt hätten. In der von Hitler eingesetzten Dönitz-Regierung war Ohlendorf für einige Wochen nach Kriegsende für das Wirtschafts- und Sicherheitsressort zuständig. Himmler hatte Ohlendorf Jahre zuvor ins Reichswirtschaftsministerium entsandt, um „gegen die total bolschewistische Wirtschaftsleitung“ Albert Speers zu wirken; an Stelle des bürokratischen Leitungsapparats müsse im Frieden ein „aktives und wagemutiges Unternehmertum“ treten, so Himmler.

Ralph Giordano hat in seinem Buch »Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte« (17) über die Erhard'sche Denkschrift für die Industrie und das Reichssicherheitshauptamt geschrieben:

»Aus dieser Schrift und ähnlichen Plänen ist ganz klar eine Hauptfurcht der großen Eigentümer und Manager gegen Ende des Zweiten Weltkrieges zu erkennen: die Furcht vor der Phase der Demobilisierung, vor der Risikozone, der gefürchteten Phase der Revolution! Den Herren steckte noch der Schrecken von 1918/19 in den Knochen, als es einen winzigen Augenblick so schien, als würden die ausgebeuteten und vier Jahre lang auf den Schlachtfeldern geschundenen Millionen aus ihrem dumpfen Gehorsam erwachen. Als würden sie ihrer bisher unerschöpflichen Leidensfähigkeit ein Ende bereiten, sich gegen ihre wahren Feinde im Rücken erheben und ihnen die Macht aus den Händen schlagen, um sie selbst zu übernehmen. Das erwies sich nun, 25 Jahre später, in den einschlägigen Kreisen als völlig unvergessen. Deshalb gingen alle Überlegungen in die eine Richtung: wie ohne nachhaltige Erschütterung der sozialen und gesellschaftlichen Strukturen der Anschluss gefunden werden könnte (wobei in den großen Unternehmerorganisationen noch bis Anfang 1945 davon ausgegangen wurde, dass das Reich die Niederlage in festen Grenzen und mit einer eigenen, ‚hitlerlosen‘ Regierung überstehen würde). (...) In den Nachkriegsplänen der deutschen Niederlage finden wir nichts, was auf freie Gewerkschaften, Freizügigkeit der Arbeitnehmer oder Tarifautonomie schließen ließe. Wo immer der Begriff Wirtschaftsfreiheit auftaucht, ist mit ihm die Freiheit des Unternehmers gemeint, nicht die des Arbeitnehmers. (...) Die Kreise, die sich jetzt intensiv an der Nachkriegsplanung beteiligten, nachdem die Weltgeschichte einen ganz anderen als den von ihnen vorgesehenen und erwünschten Verlauf genommen hatte, waren dieselben, die 1932 die Voraussetzungen für den Sieg der Nazipartei geschaffen hatten. (...)

Man muss hier einmal einen Augenblick innehalten, um sich bewusst zu

werden, was da vorgeht. Nicht mehr und nicht weniger nämlich als eine Art Ausverkauf des Dritten Reiches durch die Spitzen der deutschen Wirtschaft mittels Auslandsverflechtungen großen Stils. Parallel damit laufen die wirtschaftspolitischen Planspiele Ludwig Erhards und der Reichsgruppe Industrie, um auch die binnenländischen Voraussetzungen für die Kontinuität der alten Eigentumsverhältnisse nach der deutschen Niederlage zu schaffen.

Der Zynismus derer, die vor noch gar nicht langer Zeit in den orgiastischen Vorstellungen der 'Neuordnung der Sieger' geschwelgt hatten, geht aber noch einen Schritt weiter. Denn zur selben Zeit, da sie ihre Nachkriegsplanungen ohne Hitler und Hakenkreuz entwerfen, in derselben Stunde, da sie all ihre bisherigen Ergebenheits- und Solidaradressen gegenüber dem Regime über Bord werfen – zur selben Zeit halten sie mit allen Kräften die Rüstungsmaschinerie auf Hochtouren! Die gewohnheitsmäßigen Profiteure von A (wie Abs) bis Z (wie Zangen) wollen beides: die Gewinne von heute und die Gewinne von morgen. In ihren Handlungen und ihren Schriften fehlt jedes Wort, das auch nur von fern wirken könnte wie eine Konsequenz aus ihrer Teilhabe an dem größten Verbrecherstaat, den es je gegeben hat.« (18)

Es ging um den Fortbestand des Kapitalismus und um die Wiedererlangung der Vormacht Deutschlands in Europa. Und darum geht es noch heute.

Mit unserer VVN-BdA-Enthüllungs-Kampagne „Verbrechen der Wirtschaft“ haben wir ebenso wie Ralph Giordano ein gut gehütetes Tabu gebrochen. Im Internet und in den Schriften „Von Arisierung bis Zwangsarbeit“ sowie „Verbrechen der Wirtschaft“ von Günter Geising haben wir die Taten, Täter und Tatorte benannt. Günter Gleising hat zudem – wie auch Ralph Giordano – die deutschen wie US-amerikanischen Aktivitäten benannt, die der „Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse“ (so die Formulierung der DGB-Gewerkschaften) dienen. Giordano hat auch die Rolle

der Hitler-Generäle als neue Bundeswehrführung gebrandmarkt. Über die Wehrmacht schrieb er:

„Nur wo zuvor der Landserstiefel hingetreten hatte, konnten die mobilen Mordkommandos der SS operieren, die stationären Todesfabriken errichtet werden, und schließlich auch Teile der Wehrmacht unvorstellbare Verbrechen an Zivilisten begehen, vor allem unter dem Deckmantel der Partisanenbekämpfung. ... Auch die Männer des 20. Juli sind längst missbraucht als Galionsfiguren eines nie exemplarischen Widerstands der Hitlerwehrmacht.“ (19)

Sehr spät haben sich bundesdeutsche Wissenschaftler der Täter angenommen. Allerdings nicht aller Täter. Ausgespart wurden häufig die Täter aus der Wirtschaft. Um die ging es uns bei der Spurensuche und geht es in dem Buch „Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr“. Wir meinen, jedes Gedenken muss zum Handeln führen, das heißt: Nicht nur nicht vergessen, sondern auch: Es nie wieder zu lassen.

Die Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945 aufzudecken und das Weiterwirken der kapitalistischen Akteure aufzudecken, das bedeutet, ein letztes Tabu anzugreifen, wie Ulrich Schneider in seinem Vorwort zu „Von Arisierung bis Zwangsarbeit“ schrieb. Die Überwindung dieses Tabus ist nicht vollendet. Wir müssen dranbleiben.(20)

Leider sind wir weit entfernt von der Beherzigung der folgenden Warnung:

Peter Gingold, Widerstandskämpfer und unermüdlicher Mahner, hinterließ uns diese Aussage: „1933 wäre verhindert worden, wenn alle Gegner der Nazis ihren Streit untereinander zurückgestellt und gemeinsam gehandelt hätten. Dass dieses gemeinsame Handeln nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist. Aber heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muss jeder wissen, was Faschismus bedeutet. Für alle zukünftigen Generationen gibt es

keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern!“

Anmerkungen:

1) Aus dem Gedicht von Emanuel Geibel

2) <https://augengeradeaus.net/2022/06/dokumentation-klingsbeil-rede-militaerische-gewalt-ist-legitimes-mittel-der-politik/>, siehe auch RuhrNachrichten vom 19. Oktober 2022

3) Tagung am 3.2.1933 im Heeresamt, als ‚Geheimste vom Geheimen‘ eingestuft, nach FR 6.3.97 und Ulrich Sander, *Die Macht im Hintergrund. Militär und Politik in Deutschland*“, Köln 2004

4) Interview in *Süddeutsche Zeitung*, 29.12.1998

5) Dies zitierte die *Süddeutsche Zeitung* am 28. April 2022

6) Das meldet die dpa meldete am 11. Mai 22

7) Dies berichtet am 9. Mai 2022 die „*Schweriner Volkszeitung*“

8) David de Jong »*Braunes Erbe*«, Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2022

9) Siehe dazu: Strategiepapier der Bundesregierung zur »Extremismusprävention und Demokratieförderung«, das Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und (die damalige) Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) im Juli 2016, *lt. junge welt* 20. 7. 16, vorstellten und später bekräftigten. Das Strategiepapier bezieht sich ausdrücklich auf die Definitionsmacht des Verfassungsschutzes, der Antikapitalismus als linksextremistisch und damit verfassungsfeindlich definiert. Die Bundesregierung zeige sich laut jw-Autor Markus Mohr einig, »dass die Extremismen starke Gemeinsamkeiten aufwiesen«. De Maizière: „Insofern ist diese neue Extremismusklausel sogar noch schärfer als die alte“.

10) *lt. Vatican News*, 15. April 2022

11) Unter der Überschrift „Partei in der Weltwirtschaftskrise“, Zitat von Seite 92 des Katalogs aus München).

12) Adam Tooze: *Ökonomie der Zerstörung. Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, Siedler Verlag, München 2007, 927 S., 44 Euro. Ich verweise besonders auf Seite 129 bei Tooze über das wenig bekannte »Spenden-Rendezvous« Hitlers mit der Schwerindustrie drei Wochen nach der Machtübergabe in Görings Reichstagspräsidentenpalais. Siehe auch: Èric Vuillard „*Die Tagesordnung*“, Prix Goncourt, Berlin, 2018

3) Über Lars Klingbeil (geb. 23.2.1976 in Munster, Kriegsdienstverweigerer und Kriegstreiber in eins) berichtet Wikipedia in einer am 17. Oktober 2022 bearbeiteten Version:

14) Die Quelle zu dem Text zum Treffen in Straßburg am 10. August 1944 ist: Heinz Bergschicker „Deutsche Chronik 1933-1945“, Verlag der Nation Berlin 1982, Seite 534

15) Eine weitere Quelle ist „Der Banditenschatz“ von Julius Mader, Dokumentarbericht über Hitlers geheimen Gold- und Waffenschatz, Deutscher Militärverlag, Berlin 1966, Seite 9 ff.)

16 (Quelle: Wikipedia zu Ludwig Erhard, am 3.2.22 bearbeitet, nachdem es eine Kampagne in den Medien gab, die der Reinwaschung der Biographie Erhards galt).

17) Ralph Giordano »Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte«. 1989 in Hamburg erschienen, ferner Ulrich Sander „Mörderisches Finale. NS-Verbrechen bei Kriegsende (hrsg. vom Internationalen Rombergparkkomitee). Papyrossa Verlag, Köln 2008/2028

18) siehe auch: Ralph Giordano: »Die zweite Schuld« - Von der Last, Deutscher zu sein, Hamburg, 1987

19) siehe DER SPIEGEL 36/1999

20) Siehe www.verbrechen-der-wirtschaft.de , <https://verbrechen-der-wirtschaft.vvn-bda.de/> , <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/ai.htm> , <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/> , <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/brosch.htm> , ferner: Ulrich Sander, Gisela Blomberg u.a. Von Arisierung bis Zwangsarbeit. Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945. Papyrossa Verlag, Köln 2012,

Anmerkung zur Fußnote Nr. 12

Adam Tooze: Ökonomie der Zerstörung. Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Siedler Verlag, München 2007, 927 S., 44 Euro):

Ich verweise auf Seite 129 bei Tooze über das wenig bekannte »Spenden-Rendezvous« Hitlers mit der Schwerindustrie drei Wochen nach der Machtübergabe in Görings Reichspräsidentenpalais: »Einmal ganz abgesehen von den Folgen, zählt dieses Treffen vom 20. Februar [1933] zu den berüchtigtsten Beispielen für die Bereitschaft des deutschen Großunternehmertums, Hitler bei der Aufstellung seines diktatorischen Regimes beizustehen.« ... »Krupp und Konsorten (wurden) von Hitler nie gezwungen, sich seinem gewalttätigen Antisemitismus oder sich seinen Eroberungsplänen anzuschließen.«

Entscheidend war das, was Hitler den Industriellen versprochen und schließlich auch durchgesetzt hatte: »Das Ende der parlamentarischen Demokratie und die Vernichtung der deutschen Linken« (S. 129). Die »gesunden Profite« lockten. Tooze eindeutig: »Und für genau dieses Versprechen leistete ein hoher Prozentsatz der deutschen Großindustrie gerne eine gehörige Anzahlung« (ebd.). Allein bei diesem

Treffen waren es drei Millionen Reichsmark für den Fonds zur Wahl im März, die – das war korrekt versprochen – nun wirklich die letzte sein sollte. Der britische Historiker: »Krupp und Konsorten waren willige Partner bei der Vernichtung des politischen Pluralismus in Deutschland« (ebd.).

Tooze: »Faktisch aber waren es die Spenden vom Februar und März 1933 gewesen, die einen wirklich entscheidenden Beitrag leisteten. Denn sie waren für die Partei just in dem Moment eine kräftige Finanzspritze, als die ungemein knapp bei Kasse war und, wie Göring so richtig vorausgesagt hatte, vor der letzten Wahl ihrer Geschichte stand.«

Am Ende seines Buches stellte Tooze die Frage, warum die Lobby der deutschen »Privatwirtschaft« dann den »drastischen Eingriff der Staatsmacht nach 1933« überhaupt tolerierte, immerhin habe doch das Großunternehmertum zuvor das »Reformstreben« der Weimarer Republik noch massiv behindert (S. 757). Tooze: Zwar widersprach die »autokratische nationalsozialistische Wende« deutlich der »internationalen Agenda« – den Exportinteressen –, die die deutsche Privatwirtschaft pflegte, doch der »autoritäre Stil«, den Hitlers Koalition in der Innenpolitik pflegte, »gefiel ihr dafür ausnehmend gut, nicht weniger gut als die gesunden Profite, die seit Mitte der dreißiger Jahre auf sie zurollten« (ebd.).

Wer an das Dogma glaubt, dass die Unterstützung der Großindustrie für Hitler ein »Mythos« sei, dem macht Tooze deutlich, dass sie sich 1933 »dem politischen Wandel nicht entgegen [stellte], wie während der ersten Revolution in Deutschland 1918/19, sondern sich Hitlers »Nationaler Revolution« in vielen entscheidenden Punkten als willfähriger Partner« anbot (S. 166). Selbst an privatwirtschaftlichen Schauplätzen, wo man eigentlich »etwas Widerstand« erwartet hätte, stießen die Vertreter der Nazipolitik, schreibt der Autor in seiner »Ökonomie der Zerstörung«, auf »bereitswillige Kollaborateure«. Ob Autarkieprogramm, die Aufrüstung oder sogar die große Zahl neuer Überwachungsbehörden – »alles fand den Beifall und die tatkräftige Unterstützung von erfahrenen Firmenchefs, deren Fachwissen dem Regime mit freundlicher Genehmigung der gesamten deutschen Industrie zur Verfügung gestellt wurde« (ebd.).